



Für den Erhalt der Frankfurter Rundschau - Solidarität mit den Beschäftigten

Bereits über ein Jahrzehnt hinweg haben die Beschäftigten mit Einkommenseinbußen und einem massiven Arbeitsplatzabbau ihren Beitrag zum Erhalt des Druck- und Verlagshauses und damit zum Erhalt der Frankfurter Rundschau (FR) geleistet. Von den ehemals 1.600 Arbeitsplätzen vor 10 Jahren gibt es heute nur noch 500. Nun wurde ein Insolvenzantrag wegen drohender Zahlungsunfähigkeit gestellt, weil die beiden Hauptgesellschafter DuMont Schauberg und DDVG keine Mittel mehr zur Verfügung stellen wollen.

Wir erklären uns mit den Kolleginnen und Kollegen der Frankfurter Rundschau solidarisch. Ziel ist es, die Arbeitsplätze und auch die Medienvielfalt zu erhalten. Anders als die Gesellschafter sehen wir sehr wohl Perspektiven für die Fortführung des Unternehmens und den Erhalt der Arbeitsplätze in Verlag, Redaktion und Druckerei. Das zeigen auch die Reaktionen der Leser und Abonnenten aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich für den Fortbestand „ihrer“ FR einsetzen.

Die traditionsreiche Frankfurter Rundschau ist Garant für Meinungsstärke und journalistische Qualität und vom deutschen Zeitungsmarkt nicht wegzudenken. Dass die Zeitung auch für die Zukunft im Netz gut gerüstet ist, beweist die digitale Redaktion mit dem preisgekrönten App-Auftritt der FR.

Wir wollen dazu beitragen, dass die verlegerische Fehlentscheidungen der letzten Jahre nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und ihren Familien ausgetragen werden. Die Frankfurter Rundschau und ihre Beschäftigten brauchen eine Chance für einen Neustart. Dafür sehen wir die bisherigen Hauptgesellschafter DuMont Schauberg und DDVG in der Verantwortung. Sie müssen gewährleisten, dass diese Chance im laufenden Insolvenzverfahren gewahrt bleibt.

